

COP26 aus der Perspektive Subsahara-Afrikas

Die wichtigsten Punkte für die Klimaverhandlungen

Anja Berretta

Die diesjährige 26. UN-Klimaverhandlung, besser bekannt als COP26 (Conference of the Parties) findet vom 31. Oktober bis zum 12. November 2021 in Glasgow statt. Die Verhandlungspositionen der Länder Subsahara-Afrikas werden von zwei Aspekten dominiert. Zum einen zählt Afrika zu den Regionen der Welt, die am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden. Zum anderen ist es Konsens, dass Afrika für die globale Erderwärmung die geringste Verantwortung trägt. Hieraus ergeben sich folgende afrikanische Prioritäten für die Klimaverhandlungen:

1. Reform der Klimafinanzierung

Artikel 4 des Pariser Klimaabkommens sieht vor, dass Industrieländer ausreichende finanzielle Unterstützung und Technologietransfer für Entwicklungs- und Schwellenländer bereitstellen, um diese bei der Anpassung an den Klimawandel (Adaptation) zu unterstützen. Die Industrieländer haben sich dazu verpflichtet, ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Diese Verpflichtung wird von afrikanischen Ländern als Herzstück der Klimaverhandlungen gesehen.

- › Afrikanische Länder haben im Vorfeld der COP26 gefordert, ein System zu schaffen, das Zahlungen aller Industrieländer in den globalen Klimafonds transparent nachvollzieht.
- › Der Zugang zu Klimafinanzierung wird von vielen afrikanischen Ländern als kompliziert und bürokratisch erachtet. Eine Reformierung des Systems ist daher eine weitere Forderung

2. Fokus auf Adaption

Das Pariser Klimaabkommen setzt mit dem Bekenntnis der Vertragsstaaten, die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ein klares Ziel zur Reduzierung von Treibhausgasen. Ein globales Anpassungsziel wurde bisher nicht verabschiedet, obschon dies im Vertrag von Paris vorgesehen ist.

- › Afrikanische Länder fordern ein verbindliches Anpassungsziel, welches verbesserte Resilienz gegenüber Klimawandelfolgen in den Mittelpunkt stellt. Somit würde der Fokus der Klimaverhandlungen, der aktuell auf der Treibhausgasreduzierung liegt, stärker auf die Bedürfnisse der afrikanischen Länder angepasst werden.
- › Die Pflicht zur Reduzierung von Treibhausgasen oder zum klimaneutralen Wirtschaften wird primär bei den Industrieländern gesehen. Auf dem Kontinent bleibt nachhaltiges und emissionsarmes Wirtschaftswachstum eine Priorität.

3. Berücksichtigung von dauerhaften Verlusten und Schäden

In Artikel 8 des Pariser Abkommens verpflichten sich die Vertragspartner, Unterstützung bei durch den Klimawandel hervorgerufenen Verlusten und Schäden (*loss and damage*) zu leisten. Wie dies in der Praxis umgesetzt werden soll, bleibt jedoch unklar. Afrikanische Staaten fordern, dass Auswirkungen von Klimaschäden integrativer Teil der UN-Klimaverhandlungen werden. Diese Forderung hat durch den jüngsten IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change) an Relevanz gewonnen, da in dem Bericht einmal mehr deutlich wird, dass die Erderwärmung auf menschliches Handeln zurückgeführt werden kann.

- › Während die Gruppe der afrikanischen Länder im Vorfeld der COP26 verkündete, eine konkretere Definition von *loss and damage* sei eine Priorität des Kontinents, wird diese Position von den Industrieländern nicht geteilt. Die COP26-Präsidentschaft hat die Frage nach existenziellen Klimabedrohungen als eine Unterkategorie der Themen Anpassung und Klimafinanzierung definiert.

4. Finalisierung von CO₂-Marktmechanismen

Es besteht Uneinigkeit über die Verabschiedung der in Artikel 6 des Pariser Klimaschutzabkommens vorgesehenen Mechanismen zur Minderung der Emissionen von Treibhausgasen. Darunter fällt zum Beispiel der Handel mit CO₂-Emissionsrechten oder CO₂-Grenzsteuern.

- › Afrikanische Länder äußern im Vorfeld ihre Sorge darüber, dass Industrieländer national auf Emissionseinsparungen verzichten könnten und dafür aufgrund des Handels mit Zertifikaten nur marginale Ausgleichszahlungen leisten müssten. Die Industrienationen könnten sich somit zudem positive Klimaeffekte anrechnen lassen, während andere Länder geringe

Ausgleichszahlungen erhalten und weiterhin Schwierigkeiten hätten, ihre eigenen Klimaschutzziele zu erreichen.

- › Gleichzeitig befürchten afrikanische Länder, dass sie durch künftige globale oder regionale CO₂-Zölle einen Wettbewerbsnachteil erleiden, da die wenigen Industriezweige (noch) nicht über die notwendigen Technologien verfügen, emissionsarm zu produzieren.
- › Den afrikanischen Ländern ist es wichtig, dass ein globaler Mechanismus gefunden wird, der die Emissionen aller Länder abbildet und transparente Rechenschaft garantiert. Da die Länder Subsahara-Afrikas nur sehr geringe Mengen an CO₂ ausstoßen, würde dies auch stärker als bisher honoriert werden.

Fazit: Stärker denn je steht für die afrikanischen Länder bei der COP26 die Frage der Klimagerechtigkeit im Mittelpunkt. Dies kann nicht nur auf die Forderung nach finanzieller Unterstützung reduziert werden. Afrikanische Länder wünschen sich, dass ihrem marginalen Anteil an der globalen Erderwärmung entsprechend Rechnung getragen wird und sich die Klimaverhandlungen künftig stärker an ihren Bedürfnissen orientieren sowie Aspekte wie Klimaanpassung oder *loss and damage* mehr in den Fokus rücken.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Anja Berretta

Leiterin des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel in Subsahara-Afrika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
anja.casper-berretta@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.